



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Nuklearforschung
(Kap. 07 02 neuer Tit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 02 wird ein neuer Tit. „Nuklearforschung“ mit einem Ansatz in Höhe von 5.000,0 Tsd. Euro für die Jahre 2024 und 2025 ausgewiesen.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 07 05 TG 73-78 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Seit Jahren fordert die AfD-Fraktion im Landtag von der Staatsregierung substantielle administrative und finanzielle Unterstützung, um Bayern führend im Bereich der Nuklearforschung zu machen. Die jüngsten Anträge dazu waren: Drs. 18/28636 vom 25.04.2023, Drs. 18/26685 vom 02.02.2023 und Drs. 18/24571 vom 17.10.2022. Alle diese Anträge wurden von der CSU/FW-Regierungskoalition abgelehnt.

Nur einen Tag vor dem Atomausstieg änderte Ministerpräsident Dr. Markus Söder seine Meinung plötzlich (wieder) und teilte den Medien seine angeblichen Pläne mit, die Kernforschung in Bayern zu unterstützen, einschließlich den Bau neuer Forschungsreaktoren für Kernspaltung und Kernfusion (Junge Freiheit).

Im Jahr 2022 erhöhte US-Präsident Joe Biden die staatlichen Ausgaben für Nuklearforschungsprogramme um 85 Prozent von durchschnittlich rund 1 Mrd. Euro jährlich im letzten Jahrzehnt auf 1,85 Mrd. Euro, insbesondere für kleine modulare Reaktoren (SMR) und die Wasserstoffherzeugung, welche laut International Energy Agency (IEA) „Forschungsfelder mit großem Potenzial“ sind. Sogar die EU hat das Euratom-Forschungs- und Ausbildungsprogramm im Wert von 1,4 Mrd. Euro bis 2025 eingerichtet. Laut OECD sind in Deutschland die jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung für Nukleartechnologie in den letzten Jahren um 12 Prozent von 278 Mio. USD in 2013 auf 246 Mio. USD in 2020 zurückgegangen und waren damit im Durchschnitt dreimal niedriger als in Frankreich (819 Mio. USD), viermal niedriger als in den Vereinigten Staaten (1 Mrd. USD) und 4,5-mal niedriger als in Japan (1,157 Mrd. USD).

Der Lehrstuhl für Nukleartechnik an der Technischen Universität München (TUM) erhielt zwischen 2018 und 2020 lediglich 25.000 Euro im Jahr. Die jährlich eingeworbenen Drittmittel waren 11-mal höher (286.000 Euro), was also trotz fehlender staatlicher Unterstützung ein anhaltend hohes Interesse der Unternehmen für Nuklearforschung zeigt. Dem ungeachtet hat die Staatsregierung im Mai 2022 ihre Unterstützung der heimischen Expertise im Bereich der Kernforschung bekräftigt: „Das Feld der Nukleartechnik umfasst einen breiteren Bereich als nur den der Kernkraftwerke. Deutschland sollte (strategisch) in der Lage sein, das erforderliche Wissen zu bewahren, um auf diesem wichtigen Gebiet international eine technisch respektierte und einflussreiche Stimme zu

haben, [...]“ (Drs. 18/23172). Bedauerlicherweise gab es seit 2018 in den Haushaltsplänen der Staatsregierung für die Förderung der Bildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Nuklearforschung keinen einzigen gesonderten Posten.

Eine Fortführung und Ausweitung von Forschung, Entwicklung und Expertise im Bereich der Nukleartechnik auf Landesebene ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur als Grundlage für eine mögliche Rückkehr zur umweltfreundlichen Kernenergie und Kernfusion, sondern generell als wichtiges vielseitiges Hightech-Forschungsgebiet für die Medizin, Raumfahrt, Landwirtschaft etc., um Deutschland und Bayern gegenüber anderen innovativen Industrienationen wettbewerbsfähig zu halten.